

Kali-Neustart bei Giesen rückt in weite Ferne

Gericht stellt Klageverfahren ruhend – weil K+S keine Eile hat



Der Kaliberg gilt als Wahrzeichen der Gemeinde Giesen. Weitere Aktivitäten sind dort in den nächsten Jahren nicht geplant. FOTO: CLEMENS HEIDRICH

Von Tarek Abu Ajamieh

Sarstedt/Giesen. Es ist noch gar nicht solange her, da träumten Verantwortliche des Düngemittel-Konzerns Kali + Salz (K+S) von einem Neustart des Betriebs im Giesener Bergwerk in diesem Jahr. Doch nun ist eine Wiederaufnahme des Kaliabbaus dort in weite Ferne gerückt. Das Verwaltungsgericht Hannover hat die Klageverfahren gegen die Genehmigung des Neustarts „ruhend gestellt“, nachdem K+S erklärt hat, in nächster Zeit ohnehin nicht von dem strittigen Planfeststellungsbeschluss Gebrauch machen zu wollen. Das sagte ein Gerichtssprecher auf HAZ-Nachfrage.

Den Vorschlag hat das Gericht, wie die meisten Justizbehörden nicht gerade unterbelastet, selbst gemacht. Die Kläger sowie das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), das die Genehmigung, gegen die sich die Klagen richten, erteilt hatte, stimmten zu – ebenso wie K+S selbst. Der Konzern spielt in dem Verfahren die Rolle eines „Beigeladenen“. Und hat erkennbar keine Eile: „Da unter den derzeitigen Gegebenheiten eine kurzfristige Realisierung nicht anzunehmen ist, haben wir dem Vorschlag des Verwaltungsgerichts Hannover zugestimmt“, sagte Pressesprecher Marcus Janz auf HAZ-Anfrage.

Wie lange das Verfahren ruht, ist unklar. Fristen gibt es nicht. Es kann auf Verlangen eines Beteiligten auch jederzeit wieder aufgenommen werden. Branchenkenner ge-

hen allerdings davon aus, dass K+S offenbar für viele Jahre keinen Neustart in Giesen plant. Ginge es nur um ein oder zwei Jahre, hätte der Konzern kaum zugestimmt, das Thema vorerst zu den Akten zu legen.

K+S will sich selbst an Spekulationen darüber nicht beteiligen. Sprecher Janz betont aber, es gehe vor allem um die langfristige Entwicklung des Weltmarktes. Danach richte sich, was K+S plane. Derzeit weckt die globale Kali-Situation offenbar keinen Bedarf an einer Wiederaufnahme des Betriebs in Giesen. Und der Konzern hatte zuletzt andere Prioritäten: der Verkauf des Nordamerika-Geschäfts, Streits um die Salzwasser-Entsorgung in Hessen oder die Gründung neuer Tochterfirmen im Bereich Entsorgung etwa beschäftigten die Unternehmensspitze intensiv.

Als der damalige K+S-Projektleiter Johannes Zapp 2016 die Prognose wagte, 2021 könne es in Giesen bereits losgehen, sah das noch anders aus. Tatsächlich kam es vor knapp drei Jahren zur Genehmigung des Neustarts. Im Frühjahr 2019 klagten die Bürgerinitiative Giesen-Schacht und der BUND, die Gemeinden Giesen und Harsum, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie zwei Landwirte-Verbände aus Sarstedt und Harsum aus unterschiedlichen Gründen gegen die Genehmigung.

Das Verwaltungsgericht Hannover erklärte früh, angesichts der Komplexität des Themas – der Planfeststellungsbeschluss, um den es

geht, hat 1010 Seiten, jeder Kläger will etwas anderes daran geändert haben – könne es bis zu einer Entscheidung dauern. Die Corona-Krise verlangsamte die Arbeit des Gerichts weiter. So tauschten die Parteien in der Zwischenzeit zwar ein paar Schriftsätze aus. Unter anderem stritten BUND und K+S darum, wie genau die Qualität des Innerstewassers und damit auch deren Veränderung durch eine Salzwasser-Einleitung zu bewerten sei. Doch richtig voran ging es nicht, eventuelle Verhandlungstermine waren noch nicht abzusehen.

Nun ruht das Verfahren ganz offiziell, mit einer Entscheidung ist auf Jahre hinaus nicht zu rechnen. Und K+S hat keinen Druck. Nach der Genehmigung hat der Konzern fünf Jahre Zeit, zu starten – allerdings erst, wenn der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig ist. So lange die Klageverfahren laufen, gibt es keine Fristen.

Ein Freifahrtschein wäre das im Fall einer gerichtlichen Bestätigung der Genehmigung allerdings nicht. Das grundsätzliche Okay für den Neustart hätte K+S dann weiter in der Tasche, auch wenn sich die politischen oder rechtlichen Rahmenbedingungen bis dahin geändert haben. Allerdings müsste sich der Konzern auch jede Menge Bauanträge und Betriebspläne genehmigen lassen – und das würde nach den dann geltenden Maßstäben passieren.

Zumindest in den nächsten Jahren passiert aber offenbar gar nichts.

500

Arbeitsplätze könnten in Giesen entstehen, hat K+S angekündigt. Doch bis es eventuell so weit ist, dauert es deutlich länger als noch vor einigen Jahren erwartet. Und das liegt nicht an den Klagen gegen das Projekt.